

Martin Bartenberger

Die britische Ontologie-Debatte und ihre Bedeutung für die Diskussion über die Politikwissenschaft in Österreich

Schlüsselwörter: Wissenschaftstheorie, Critical Realism, Politikwissenschaft in Großbritannien, Politikwissenschaft in Österreich

Dieser Artikel soll die in den letzten Ausgaben der ÖZP geführte Debatte über Zustand und Zukunft der (österreichischen) Politikwissenschaft fortführen und erweitern. Er verfolgt dabei zwei Ziele: Zum Ersten soll mit der britischen Ontologie-Debatte eine internationale, bedeutsame Diskussion innerhalb der Disziplin der österreichischen Fachöffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Zum Zweiten will der Beitrag aufzeigen, was aus dieser Diskussion für die derzeitige Debatte in der österreichischen Politikwissenschaft zu lernen sein könnte.

The British ontology-debate and its relevance for the discussion about political science in Austria

Keywords: philosophy of science, critical realism, political science in Great Britain, political science in Austria

This article continues and expands the discussion about the situation and the future of political science in Austria. It has two aims: First, it wants to make the Austrian political science community aware of the British debate on ontology. And second, the article shows that, from this debate, important insights can also be gained for the Austrian discussion.

Martin Bartenberger

Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien

E-Mail: m.bartenberger@gmx.net

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 41. Jg. (2012) H. 4, 409–418

1. Einleitung

Ursprünglich sollte dieser Artikel vorwiegend dem Ziel dienen, der österreichischen Fachöffentlichkeit eine wichtige, aber wenig bekannte Debatte innerhalb der britischen Politikwissenschaft zur Kenntnis zu bringen. Angesichts der in den letzten Ausgaben der ÖZP begonnenen Diskussion um den Zustand und die Zukunft der österreichischen Politikwissenschaft hat sich jedoch eine zusätzliche Dimension eröffnet. Denn aus der hier vorgestellten britischen Debatte lässt sich zweifellos Wichtiges für die derzeitige österreichische Diskussion gewinnen. Der vorliegende Beitrag hat folglich eine doppelte Stoßrichtung: Im ersten Teil stellt er die britische Debatte über die Bedeutung von Ontologie und Wissenschaftstheorie in der Politikwissenschaft in ihren Grundzügen vor und arbeitet die unterschiedlichen darin vertretenen Positionen heraus. Im zweiten Teil steht die Frage im Zentrum, was von dieser Diskussion in der britischen Politikwissenschaft für die aktuelle ÖZP-Debatte gelernt werden kann. Dabei wird die Position vertreten, dass es insbesondere die Bedeutung von Pluralität und wissenschaftstheoretischen Positionierungen sowie die Gefahr von Ausschlussmechanismen und „intellectual gatekeeping“ sind, die aus der britischen Debatte mitgenommen werden sollten. Abschließend wird das Bild des angelsächsischen Wissenschaftsbetriebes, das in der bisherigen ÖZP-Debatte nur implizit eine bedeutende Rolle spielte, kritisch hinterfragt.

2. Grundzüge der Ontologie-Debatte in der britischen Politikwissenschaft

Den Ausgangspunkt der Debatte über die Rolle von Ontologie und Wissenschaftstheorie in der Politikwissenschaft bildet die Kritik an zwei einflussreichen britischen Einführungsbüchern: Zum einen an *Political Analysis. A Critical Introduction*, einer von Colin Hay verfassten kritischen Einführung in die Politikwissenschaft und ihre wichtigsten Debatten.¹ Zum anderen an dem von David Marsh und Gerry Stoker herausgegebenen Sammelband *Theory and Methods in Political Science*,² insbesondere an dem darin enthaltenen Aufsatz „A Skin Not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science“ (verfasst von Mitherausgeber Marsh gemeinsam mit Paul Furlong). Darin zeigen die Autoren die zentrale Bedeutung ontologischer und epistemologischer Positionierungen für sozialwissenschaftliches Arbeiten und entwickeln die These, dass man sich diesem Problemfeld nicht einfach entziehen kann: „Because they [our ontological and epistemological positions – Anm. M.B.] shape our approach, they are like a skin not a sweater; they cannot be put on and taken off whenever the researcher sees fit“ (Furlong/Marsh 2010, 184).

Angestoßen wurde die Debatte über diese beiden Bücher durch einen Artikel von Stephen R. Bates und Laura Jenkins³ mit dem Titel „Teaching and Learning Ontology and Epistemology in Political Science“, der 2007 in der Fachzeitschrift *Politics* veröffentlicht wurde.⁴ Es sind im Wesentlichen drei Kritikpunkte, die Bates und Jenkins in ihrem Aufsatz formulieren: (1) Dem Text von David Marsh und Paul Furlong werfen sie vor, begrifflich inkonsistent und fehlerhaft zu sein. (2) Die von Marsh, Furlong sowie insbesondere von Hay vertretene These vom Primat der Ontologie gegenüber der Epistemologie sei in der Wissenschaft eine umstrittene Position und müsse als solche auch kenntlich gemacht werden. (3) Durch diese fehlende Kenntlichmachung in zwei der verbreitetsten Lehrbücher der britischen Politikwissenschaft würden andere Positionen ausgeblendet werden und Marsh, Furlong und Hay die Funktion von „intellectual gatekeepers“ (Bates/Jenkins 2007a, 60) übernehmen.

Diese drei zentralen Stränge der britischen Ontologie-Debatte werden in der Folge nun ausführlicher entwickelt sowie die unterschiedlichen Positionen dargestellt. Zuvor soll zur besseren Verständlichkeit jedoch noch kurz der chronologische Ablauf der bisherigen Diskussion skizziert werden, da auf die einzelnen Beiträge in weiterer Folge immer wieder Bezug genommen werden wird. Sowohl Colin Hay (siehe Hay 2007) als auch Paul Furlong und David Marsh (siehe Furlong/Marsh 2007) haben nach dem Erscheinen des Textes von Bates und Jenkins in der Zeitschrift *Politics* zu den Kritikpunkten Stellung genommen. Bates und Jenkins haben ihrerseits auf diese Entgegnungen reagiert (siehe Bates/Jenkins 2007b), während Liam Stanley (2012) die Debatte mittlerweile wieder aufgenommen und erweitert hat. Ähnliche Fragestellungen wurden auch in anderen Diskussionszusammenhängen behandelt (siehe z.B. Hay 2005 oder Pleasants 2009) und werden, wo nötig, ebenfalls Eingang in die Darstellung finden.

2.1 Unterschiedliche Begriffe von Ontologie und Epistemologie

Bates und Jenkins kritisieren an Marsh und Furlongs Einführungstext „A Skin, not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science“ konkret, dass dieser Text die Begriffe *foundationalism* und *anti-foundationalism* als ontologische und nicht, wie in der Philosophie üblich,⁵ als epistemologische verwendet. In der überarbeiteten Fassung ihres Textes von 2010⁶ haben Marsh und Furlong an dieser originellen Begriffswahl festgehalten und ihre Bedeutung erläutert: „A foundationalist ontology leads to either a positivist or realist epistemology, while an anti-foundationalist ontology leads to an interpretivist epistemology“ (Furlong/Marsh 2010, 186). Unter „foundationalism“ verstehen sie hierbei eine Sicht, die von einer von uns unabhängigen, wirklichen Welt ausgeht, während eine „anti-foundationalist“ Ontologie die Position vertritt, „that there is not a ‚real‘ world, which exists independently of the meaning which actors attach to their actions“ (ebd., 185). Für Bates und Jenkins ist diese Position nicht nur insofern problematisch, als damit begriffliche Konventionen durcheinandergebracht werden, sondern weil ontologische Bereiche mit epistemologischen verschmolzen werden. „Realismus“ sei nicht erst auf der epistemologischen, sondern bereits auf der ontologischen Ebene verortbar. Somit, so Bates und Jenkins, könne auch Positivismus als eine Form von Realismus begriffen werden. Jedoch als ein flacher, empiristischer Realismus, dem auf *epistemologischer* Ebene – im Gegensatz zum Critical Realism⁷ – ein relativistischer Zugang fehlt.

In ihrer Replik haben Furlong und Marsh ihre unkonventionelle Verwendung der Begriffe mit dem Hinweis verteidigt, dass es gerade diese Unterscheidung von *foundationalism* (auf ontologischer Ebene) und Realismus (auf epistemologischer Ebene) ermöglicht, Ontologie und Epistemologie auseinanderzuhalten (Furlong/Marsh 2007, 205). Der Zugang von Bates und Jenkins zwingt hingegen dazu, sowohl auf ontologischer als auch auf epistemologischer Ebene von „Realismus“ zu sprechen und wäre damit anfälliger für Missverständnisse und Vereinfachungen.

Auf den ersten Blick mag es sich bei dieser Diskussion um reine Begriffsstreitigkeiten handeln, die auf unterschiedlichen Benennungspräferenzen und Verständnissen des Critical Realism beruhen.⁸ Dahinter stehen allerdings fundamentale Unterschiede, wenn es um die Auffassung von dem Verhältnis von Ontologie und Epistemologie geht, wie in der Folge gezeigt werden wird.

2.2 „Intellectual Gatekeeping“

Dies wird auch an dem zweiten Vorwurf deutlich, den Bates und Jenkins formuliert haben, und der sich besonders gegen Colin Hay richtet. Hay nimmt an, dass Ontologie der Epistemologie logisch quasi vorgeschaltet ist, weil sich Epistemologie durch das Fragen nach dem Wissen *über* etwas immer schon auf die ontologische Ebene bezieht (Hay 2002, 63; siehe auch Hay 2006). Bates und Jenkins kritisieren diesen Standpunkt nun nicht vorrangig, vielmehr argumentieren sie pädagogisch: Die von Hay (und auch von Marsh und Furlong) vertretene Konzeption vom Primat der Ontologie sei umstritten und nicht die einzige wissenschaftlich vertretene Position (Bates/Jenkins 2007a, 59f.). Diese alternativen Ansichten – oft aus einer poststrukturalistischen Richtung kommend – würden durch mangelnde Erwähnung in den Hintergrund gedrängt und Hay, Marsh und Furlong somit als „intellectual gatekeepers“ (ebd., 60) fungieren.

Alle drei Autoren haben diesen Vorwurf des „intellectual gatekeeping“ entschieden zurückgewiesen. Marsh und Furlong haben in diesem Zusammenhang ihren pluralistischen Zugang zu politikwissenschaftlichem Arbeiten herausgestellt und die ihrer Meinung nach wahren „gatekeeper“ benannt: „[T]he two main gatekeepers in social and political science are the positivists, who argue that there is only one way to proceed, that is to generate hypotheses from theories which you test and attempt to falsify, and the post-structuralists [...] who argue that *all* knowledge is a social and cultural construct“ (Furlong/Marsh 2007, 206).

Colin Hay hat sich demgegenüber mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass es für eine Sichtweise, die umgekehrt ein Primat der Epistemologie über Ontologie postuliert, keine ihm bekannte, fundierte Argumentationslinie gebe – auch nicht aus poststrukturalistischer Richtung. Vielmehr basieren für ihn auch poststrukturalistische Positionen auf ontologischen Annahmen und würden demnach die Direktionalität von Ontologie zu Epistemologie nicht untergraben (Hay 2007, 117).

Bates und Jenkins haben in ihrer Erwiderung letztere Annahme für nicht überzeugend befunden und dabei als potenzielle Gegenbeispiele insbesondere die Arbeiten von Heidegger und Derrida angeführt.⁹ Ihrer Ansicht nach ließe sich darauf aufbauend sehr wohl eine Position denken, die der Konzeption Hays widerspräche.

2.3 Zur Rolle von Ontologie in der Politikwissenschaft

Liam Stanley hat die Debatte zwischen Bates und Jenkins sowie Marsh, Furlong und Hay 2012 in seinem Artikel *Rethinking the Definition and Role of Ontology in Political Science* wieder aufgenommen und versucht für Klarheit zu sorgen, insbesondere die Rolle von Ontologie für politikwissenschaftliches Arbeiten betreffend. Sein Ausgangspunkt ist dabei die Auffächerung von Politikwissenschaft in zwei Bereiche: „*First-order* political science, clearly the primary aim of most scholars in the discipline, is to explain politics [...] In contrast, *second-order* political science does not focus upon actual ‚politics‘ in the conventional sense. It instead concerns making sense of how political scientists themselves understand and conceptualise politics“ (Stanley 2012, 93). Für Stanley ist die Diskussion um Ontologie und Epistemologie dabei auf dieser selbstreflexiven zweiten Ebene anzusiedeln, ihre Abhandlung auf der ersten Ebene ist dagegen höchst problematisch: „[T]he literature problematically defines ontology as what exists in ‚reality.‘¹⁰ This implies that ontological dualisms such as structure-agency may allow researchers some first-order analytical purchase. In contrast, a distinctively second-order definition of ontology would not make similar implications. Instead, ontological dualisms would be considered as

useful heuristic devices for making sense of the assumptions behind existing explanations and approaches“ (ebd., 96).

In seiner Argumentation vertritt Stanley damit einen „weichen“ Ontologie-Begriff: „[O]ntology should not be defined as ‚the world as it actually is‘ but instead as ‚the world as political scientists assume it to be““ (ebd., 95). Eine ganz ähnliche Position hat auch Colin Hay im Zusammenhang einer anderen Debatte entwickelt und sie als „as-if-realism“ bezeichnet. Hay vertritt dabei wie Stanley die Ansicht, dass es sich bei ontologischen Positionen um *Annahmen* handeln muss, die so zu behandeln sind „as if they were real“ (Hay 2005, 40). Über ihre letztgültige Wahrheit können wir niemals Gewissheit erlangen, da wir immer auf epistemologische Übersetzungsarbeit angewiesen sind.

Dieses Argument rückt die Frage nach der Herkunft unterschiedlicher ontologischer Positionen ins Zentrum. Stanley weist in diesem Zusammenhang auf drei wesentliche Aspekte hin, die auf ontologische Annahmen einwirken: Zum einen sind es epistemologische Entscheidungen, die die ontologischen Basisannahmen beeinflussen können. Wird beispielsweise der erkenntnistheoretische Anspruch, generalisierbares Wissen zu gewinnen, als Ausgangspunkt genommen, so hat dies Auswirkungen auf die damit zu vereinbarende ontologische Position (Stanley 2012, 97). Dieser epistemologische Standpunkt ist dabei oft schon durch vorherrschende Paradigma oder wissenschaftspolitische Hegemonie vorbestimmt. Insbesondere dann, wenn für die Forschung auch finanzielle Förderungen akquiriert werden müssen. Stanley folgend ist es dieser (erzwungene) Forschungspragmatismus, der als weiterer Aspekt die eingenommene ontologische Position von (Politik-)WissenschaftlerInnen beeinflussen kann. Darüber hinaus sind es zum anderen auch die politischen Positionen der Forschenden, die in ontologische Annahmen eingehen können, wie er anhand der Miliband-Poulantzas-Debatte zeigt (ebd., 97f.).¹¹

Offen bleibt bei Stanley aber die Frage, welche Konsequenzen es nach sich zieht, den Ontologie-Begriff derartig zu fassen. Denn zusammenfassend steht für ihn fest: „Ontology is not necessarily the ‚free choice‘ of researchers – something reached after weighing up the different alternative dichotomous approaches from social theory in a vacuum away from the practical constraints of the discipline as implied in the literature – but influenced by the wider norms and values of the academic communities and funding or regulatory bodies as well as the political orientation of the researcher“ (ebd., 98). Inwiefern Stanleys eigene ontologische Metaposition auf die von ihm aufgezeigten Faktoren zurückgeführt werden kann, mithin selbst Ausdruck von „Forschungspragmatismus“ ist, bleibt in seinem Text offen. Dieser Frage nachzugehen wäre ein möglicher nächster Schritt der britischen Debatte, die mit Stanleys Beitrag vermutlich noch nicht ihr Ende erreicht hat.

3. Bedeutung für die laufende Diskussion über Stand und Zukunft der österreichischen Politikwissenschaft

Auch wenn die Schnittmenge zwischen der hier geschilderten britischen Debatte und der aktuell in der ÖZP begonnenen Diskussion über die österreichische Politikwissenschaft auf den ersten Blick nur gering zu sein scheint, so lässt sich aus den bisherigen Ausführungen doch einiges für Letztere gewinnen. Denn im Kern beider Debatten steht die Frage nach der eigenen Disziplin Politikwissenschaft, was diese eigentlich ausmacht und wie mit der Vielfalt politikwissenschaftlicher Forschung und Positionen umzugehen ist. Im Folgenden sollen nur einige der wesentlichen Inputs aufgezeigt werden, die mir für die österreichische Debatte wertvoll erscheinen:

(1) Ein wesentliches Merkmal der britischen Debatte ist die Selbstverständlichkeit, mit der hier Fragen über die eigene Disziplin Politikwissenschaft auf einer sehr abstrakten, wissenschaftstheoretischen Ebene verhandelt werden. Bei all ihren Gegensätzen ist es doch der gemeinsame Tenor der britischen Debatte, dass wissenschaftstheoretische Überlegungen und Auseinandersetzungen eine zentrale Bezugsebene darzustellen haben. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass vielerlei Diskurse innerhalb der eigenen Disziplin nur dann angemessen bearbeitet werden können, wenn sie auf diese wissenschaftstheoretische Ebene gehoben werden. Flatschart (2012) hat in seinem Beitrag ebenfalls diese Position vertreten und versucht, die vorhandenen Standpunkte der österreichischen Debatte auf einer wissenschaftstheoretischen Metaebene zu vermitteln. Im Hinblick auf die britische Debatte erscheint Flatscharts Intervention deshalb als vielversprechend und als Schritt in eine produktive Richtung, die weiterzuverfolgen sein wird.

(2) Im Zentrum beider Debatten steht die Frage nach Pluralität; nicht nur von Wissenschaft schlechthin, sondern insbesondere verstanden als Pluralität der eigenen Disziplin. Dabei wird Pluralität im österreichischen Kontext unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen verhandelt: Während König zu Recht auf die Gefahren einer „Zersplitterung“ (König 2011, 84) der österreichischen Politikwissenschaft und einen fehlenden innerdisziplinären Diskussionszusammenhang hinweist, befürchten Brand und Kramer eine Vereinheitlichung der Disziplin und die Ausgrenzung kritischer Strömungen, insbesondere durch die Globalisierung angloamerikanischer Entwicklungen (Brand/Kramer 2011, 319ff.). Flatschart entwirft demgegenüber Politikwissenschaft als gesellschaftskritisches Projekt, das seinen Selbstwiderspruch aus „ontologische[m] Realitätsanspruch und epistemologische[r] Relativierung angesichts von Macht- und Interessensaspekten“ (Flatschart 2012, 252) in Erinnerung behält. Angesichts dieser unterschiedlichen Entwürfe von Politikwissenschaft erhellt ein Blick auf die britische Debatte die Tatsache, dass es beim Rückgriff auf Wissenschaftstheorie nicht nur gilt – wie durch Flatschart geschehen –, eine metatheoretische Perspektive einzunehmen, sondern auch forschungspraktische Aspekte zu berücksichtigen. Demnach ist die Aufgabe von Wissenschaftstheorie nicht nur, das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft – das im Falle von Sozialwissenschaft mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Gegenstand in eins fällt – zu bestimmen, sondern auch auf forschungspraktische Aspekte und Widersprüche auszustrahlen. Sie muss als „second-order political science“ (Stanley 2012, 94) die existierende wissenschaftliche Pluralität nicht nur ermöglichen, sondern auch verhandelbar machen, und auf dieser Ebene die Austragung von Konflikten zwischen divergierenden Zugängen moderieren, die in der *first-order political science* nicht sinnvoll geführt werden können (für eine ähnliche Sicht vgl. Saleh 2009). Wissenschaftstheorie muss demnach wissenschaftliche Pluralität durch Verständigung verschiedener ontologischer und epistemologischer Zugänge sowohl herstellen als gleichzeitig auch zum Diskussionsgegenstand machen. Deshalb kann sie nicht ausschließlich in einer metatheoretischen Ebene verordnet werden, sondern muss sich auch für in der Forschung tätige PolitikwissenschaftlerInnen zur Verfügung stellen, indem sie diesen ermöglicht, die eigenen ontologischen und epistemologischen Positionen offenzulegen und zu reflektieren. Dann sollte auch deutlich werden, ob die von Stanley angesprochenen Einflussfaktoren (Stanley 2012, 96ff.), wie wissenschaftliche Hegemonie und Finanzierungszwänge, auf die ontologischen und epistemologischen Positionen der EinzelwissenschaftlerInnen einwirken. Eine so verstandene wissenschaftstheoretische Intervention nimmt damit den Einwurf von Brand und Kramer zu den Macht- und Hegemonieverhältnissen in der Wissenschaft auf und führt ihn auf eine empirisch bearbeitbare Ebene. Gleichzeitig könnte die von König konstatierte Zersplitterung der eigenen Disziplin auf wissenschaftstheoretischer Ebene genauer bestimmt und ihr gegebenenfalls besser entgegengearbeitet werden. Ein Vorge-

hen, das angesichts real existierender (politik-)wissenschaftlicher Vielfalt zielführender erscheint als die Einschränkung der Disziplin auf wenige inhaltliche Schwerpunkte.

(3) Die britische Debatte zeigt außerdem, dass Fragen der Macht und des „intellectual gatekeeping“ auch auf der Ebene der Wissenschaftstheorie anzutreffen sind. So lautete der Kernvorwurf von Bates und Jenkins gegenüber Marsh, Furlong und Hay, dass diese in ihren Werken vorrangig ihre eigene wissenschaftstheoretische Position darstellen und damit andere Standpunkte ausgrenzen würden (Bates/Jenkins 2007, 59ff.). Es ist diese Gefahr von wissenschaftstheoretischer Verengung, die auch Brand und Kramer ansprechen, wenn sie vor der Dominanz einer „positivistisch-empiristischen Wissenschaftsauffassung“ (Brand/Kramer 2011, 320) warnen. Dass dieser Vorwurf sich allerdings nicht nur gegen ein positivistisches Wissenschaftsverständnis richten lässt, sondern auch gegen ein kritisch-realistisches – wie es Flatschart in seinem Beitrag vertritt –, macht nicht nur die Position von Bates und Jenkins deutlich. Auch einige Überlegungen von Colin Hay können in diese Richtung gelesen werden. Seinen *as-if-realism*, der die reale Existenz bestimmter Strukturen nicht letztgültig zu beweisen trachtet, entwickelt er vornehmlich gegenüber kritisch-realistischen Standpunkten und einem damit einhergehenden befürchteten „ontological dogmatism“ (Hay 2005, 41). Diesem stellt er einen „weichen“ Begriff von Ontologie gegenüber, wie ihn auch Stanley in der britischen Debatte vertritt.

Damit wird deutlich, wie Wissenschaftstheorie auch auf einer anderen Ebene zwischen widerstreitenden Konzepten vermitteln kann. Indem sie nämlich einen *second-order* Diskurs über Politikwissenschaft ermöglicht und sich widerstreitende Ansichten nicht – wie es bei Brand und Kramer zumindest teilweise der Fall zu sein scheint – auf einer wissenschaftspolitischen Ebene gegenüberstellen müssen, sondern unterschiedliche Konzepte von Politikwissenschaft auf der Ebene der Wissenschaftstheorie – als deren quasi gemeinsamer Nenner – verhandelt werden können.

4. Schluss: Zur Rolle des anglosächsischen Wissenschaftssystems

Zum Abschluss gilt es noch einen Aspekt zu beleuchten, der die Diskussion, die derzeit in der ÖZP geführt wird, bislang implizit zu beeinflussen scheint, ohne dass er explizit und systematisch kenntlich gemacht worden wäre: die Rolle, die das angelsächsische Wissenschaftssystem für die österreichische Politikwissenschaft spielt. In diesem Zusammenhang weisen Brand und Kramer darauf hin, dass der angelsächsische Wissenschaftsbetrieb selbst als „internationaler Machtmodus zu begreifen“ sei, und warnen davor, „akademischen Moden“ hinterherzulaufen sowie sich dem „internationalen Male- und Mainstream in der Politik- und Sozialwissenschaft zu unterwerfen“ (Brand/Kramer 2011, 321). Laut Flatschart sind diese kritisierten Momente allerdings „eher der sich überregional verallgemeinernden Durchsetzung von ökonomisierten Dispositiven geschuldet, die wenig mit einer bestimmten Herkunftstradition zu tun hat“ (Flatschart 2012, 246), obwohl auch für ihn feststeht, dass „tatsächlich ein gewisser Unterschied zwischen angelsächsischem und kontinentalem Denken feststellbar“ ist, „der sich in einer Fokussierung auf eine logisch-analytische Tradition artikuliert“ (Flatschart 2012, 247).

Der Hinweis von Brand und Kramer auf die eigene kritische Tradition ist ein wertvoller Beitrag zum Selbstverständnis der österreichischen Politikwissenschaft.¹² Gleichzeitig darf er allerdings nicht dazu führen, diese Selbstzuschreibung in einen pauschalen Gegensatz zu der dominanten „positivistisch-empiristische Wissenschaftsauffassung“ der US-amerikanischen Politikwissenschaft zu überführen. Vielmehr gilt es darauf hinzuweisen, dass trotz der ohne

Zweifel bestehenden Dominanz positivistischer Zugänge in der nordamerikanischen Politikwissenschaft¹³ dort auch nach wie vor „kritische“ Strömungen bestehen.¹⁴ Auch wenn dies bei der Lektüre der einschlägigen APSA Journale vielleicht manchmal in Vergessenheit geraten kann, so gibt es in den letzten Jahren in der amerikanischen Politikwissenschaft eine angeregte Diskussion über den Stand und die Zukunft der eigenen Disziplin sowie über die hegemonialen Machtverhältnisse insbesondere im Methodenbereich.¹⁵

Eine kritische österreichische Politikwissenschaft gegen das Modell eines eindimensionalen angelsächsischen Mainstream zu entwerfen, scheint aus dieser Perspektive wenig zielführend. Vielmehr wäre auch die Debatte in der nordamerikanischen Politikwissenschaft näher zu beleuchten. Insbesondere die Tatsache, dass sich diese an der Eingeschränktheit der Methodenvielfalt entzündet hat, sollte dabei nicht unterschätzt werden. Auch wenn die Diskussion dadurch Gefahr läuft, in einen oberflächlichen Ruf nach Methodenpluralität zu verfallen, und politische und inhaltliche Aspekte in den Hintergrund gedrängt werden können, so kann eine Diskussion auf der Methodenebene gleichzeitig wichtige Übergangspunkte zu wissenschaftstheoretischen Überlegungen erschließen, wie sie in der britischen Debatte aufgezeigt wurden (vgl. Saleh 2009).

ANMERKUNGEN

- 1 Neben allgemeinen Themen und Kontroversen stehen z.B. die Aspekte von Struktur-Handlung, unterschiedliche Begriffe von Macht sowie die Bedeutung postmoderner Strömungen im Zentrum des Buches.
- 2 Der Sammelband erschien erstmals 1995, die Kritik von Bates und Jenkins bezieht sich allerdings auf die zweite Auflage von 2002. 2010 erschien schließlich eine veränderte dritte Auflage, in der auch der zentrale „A Skin not A Sweater“-Aufsatz eine Überarbeitung erfuhr (Details dazu folgen im Text).
- 3 Beide AutorInnen sind ehemalige StudentInnen der University of Birmingham, an der zu dieser Zeit mit Colin Hay und David Marsh auch zwei der kritisierten Hauptakteure lehrten.
- 4 Für die ungebrochene Bedeutung der bereits 2007 begonnenen Ontologie-Debatte spricht u.a. die Tatsache, dass der Artikel von Bates und Jenkins laut Angaben der Webseite des Journals *Politics* auf Platz 3 der „Top 10 Most Accessed Articles of 2011“ lag.
- 5 Vgl. z.B. die Definition von *foundationalism* des Oxford Dictionary of Philosophy: „The view in epistemology that knowledge must be regarded as a structure raised upon secure, certain foundations“ (Blackburn 2005, 139 – meine Hervorhebung)
- 6 Eine Überarbeitung, die sicherlich zu großen Teilen auf die Kritik von Bates und Jenkins zurückzuführen ist, wie auch die Änderungen im Text belegen.
- 7 Wie auch ein Zitat von dessen Hauptvertreter Roy Bhaskar zeigt, auf das sich Bates und Jenkins berufen: „critical realism claims to be able to combine and reconcile *ontological realism*, *epistemological relativism* and *judgmental rationality*“ (Bhaskar 1998, xi).
- 8 Zusammenfassend gesehen ist Realismus für Bates und Jenkins eine *ontologische* Kategorie, während der Critical Realism für sie auf *epistemologischer* Ebene von einem relativistischen Zugang geprägt ist (Bates/Jenkins 2007a, 59). Furlong und Marsh plädieren dagegen auf ontologischer Ebene für den Begriff *foundationalism*, während sie Realismus erst auf die epistemologische Ebene beziehen (Furlong/Marsh 2007, 205f.). Allerdings haben Furlong und Marsh im Anschluss an diese Debatte in der 2010 erschienenen Neuauflage von *Theory and Methods in Political Science* ihre Begriffswahl ausführlicher begründet und zugestanden, dass auch auf ontologischer Ebene von Realismus gesprochen werden kann (Furlong/Marsh 2010, 185).
- 9 Dabei weisen sie insbesondere auf deren kritische Positionen zu Sein und Metaphysik hin, insbesondere am Beispiel von Heidegger: „Heidegger and Derrida address the ‚failure‘ of onto-theology to establish satisfactorily the ground of being. They are less concerned with the nature of being and more concerned with how being is constituted. By making the claim that Western philosophy has consistently privileged that which *is*, Heidegger investigated the possibility for being, through interpreting the *meaning* of the being that determines entities as beings.“ (Bates/Jenkins 2007b, 210f.).
- 10 Auf welche Literatur sich diese Aussage bezieht, ist wegen fehlender Nachweise nicht klar auszumachen. Auf Colin Hay kann sie sich jedenfalls nicht beziehen, hat dieser doch in einer Debatte mit Stuart McAnulla eine ganz ähnliche Position wie Stanley eingenommen (vgl. Hay 2005).

- 11 Stanleys Ausgangspunkt sind dabei die unterschiedlichen Konzeptionen von Staat, die Miliband und Poulantzas vertreten haben. „While Ralph Miliband (1970) took an instrumentalist approach in which the state is conceptualised as a neutral apparatus that is defined by the actors who inhabit it, Nicos Poulantzas (1969) took a structuralist approach in which the state is conceptualised as an objective structure that always works in favour of capital“ (Stanley 2012, 98). Allerdings baute auch Milibands *politisches* Projekt auf seiner instrumentalistischen Staatsontologie auf, insbesondere die Ansicht, den Staat für progressive Anliegen nutzen zu können. Für Miliband war es demnach auch aus diesen politisch-strategischen Gründen unmöglich, sich Poulantzas' *ontologischer* Position anzuschließen: „If the state can only be capitalist, as is claimed by Poulantzas, then Miliband's entire political project would be flawed“ (ebd., 98).
- 12 In diesem Zusammenhang weisen sie zum einen auf die Bedeutung der ersten Generation österreichischer PolitikwissenschaftlerInnen und deren „Bündnis mit sozialen Bewegungen“ (Brand/Kramer 2011, 320) sowie die Arbeit an Reformprojekten hin. Zum anderen auf die Andockpunkte zu kritischer sozialwissenschaftlicher Forschung, wie sie von Marie Jahoda oder dem frühen Paul Lazarsfeld betrieben wurde (ebd., 320).
- 13 Durch diese positivistische Schlagseite lässt sich auch die Dominanz quantitativer und spieltheoretischer Methoden in der US-amerikanischen Politikwissenschaft (siehe Bennett et al. 2003) erklären. Für einen differenziert-skeptischen Blick auf den Stand der Mainstream-Politikwissenschaft in den USA siehe auch Engelmann (2010), für einen Überblick über die Geschichte der Disziplin – insbesondere in den USA und Großbritannien – siehe Adcock/Bevir (2010).
- 14 Zu nennen wäre hier beispielsweise Bernard Harcourt, Cathy Cohen (beide University of Chicago), Leo Panitch (York University), Melissa Harris-Perry (Tulane University) oder Stephen Bronner (Rutgers University), um nur eine kurze, subjektive Auswahl zu geben.
- 15 Die bekanntesten Beispiele hierfür sind sicherlich die Debatte um das bereits 1994 erschienene Methodenbuch *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research* (King et al. 1994; für wichtige Entgegnungen siehe Brady/Collier 2010 sowie Mahoney/Goertz 2006) sowie die Auswirkungen des „Perestroika Movement“ (siehe Monroe 2005), die 2003 auch zur Gründung des APSA Journals *Perspectives on Politics* führten (Hochschild 2005).

LITERATURVERZEICHNIS

- Adock, Robert/Mark Bevir (2010). Political Science in: Rober Backhouse/Philippe Fontaine (Hg.): The History of the Social Sciences since 1945, Cambridge, 71–101.
- Bates, Stephen R./Laura Jenkins (2007). Teaching and Learning Ontology and Epistemology in Political Science, in: Politics, Vol. 27(1), 55–63.
- Bennett, Andre/Ahara Barth/Kenneth R. Rutherford (2003). Do We Preach What We Practice? A Survey of Methods in Political Science Journals and Curricula, in: PS: Political Science & Politics, Vol. 36(3), 373–378.
- Bhaskar, Roy (1998). General Introduction, in: Margaret Archer/Roy Bhaskar/Andrew Collier/Tony Lawson/Alan Norrie (Hg.): Critical Realism. Essential Readings, London, ix–xxiv.
- Blackburn, Simon (2005). The Oxford Dictionary of Philosophy, Oxford.
- Brady, Henry E./David Collier (Hg.) (2010). Rethinking Social Inquiry: Diverse Tools, Shared Standards, Lanham.
- Brand, Ulrich/Helmut Kramer (2011). Für eine kritische Politikwissenschaft. Anmerkungen zu Thomas Königs Essay „Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft“, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 40(3), 315–323.
- Engelmann, Stephen G. (2010). Theory Trouble: The Case of Biopolitical Science, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 39(1), 55–71.
- Flatschart, Elmar (2012). Zum Verhältnis von Kritik und Disziplinarität. Wissenschaftstheoretische Argumente für eine kritische und kritisch-realistisch fundierte Orientierung der Politikwissenschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 41(3), 241–257.
- Furlong, Paul/David Marsh (2007). On Ontological and Epistemological Gatekeeping: A Response to Bates and Jenkins, in: Politics, Vol. 27(3), 204–207.
- Hay, Colin (2002). Political Analysis. A Critical Introduction, Basingstoke.
- Hay, Colin (2005). Making Hay ... or Clutching at Ontological Straws? Notes on Realism, „As-If-Realism“ and Actualism, in: Politics, Vol. 25(1), 39–45.
- Hay, Colin (2006). Political Ontology, in: Robert E. Goodin/Charles Tilly (Hg.): The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis, Oxford, 78–96.
- Hay, Colin (2007). Does Ontology Trump Epistemology? Notes on the Directional Dependence of Ontology and Epistemology in Political Analysis, in: Politics, Vol. 27(2), 115–118.
- Hochschild, Jennifer L. (2005). Inventing Perspectives on Politics, in: Kristen Renwick Monroe (Hg.): Perestroika!: The Raucous Rebellion in Political Science, New Haven, 330–341.

- King, Gary/Robert O. Keohane/Sidney Verba. 1994. *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton.
- König, Thomas (2011). Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 40(1), 81–89.
- Mahoney, James/Gary Goertz (2006). A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research, in: *Political Analysis*, Vol. 14(3), 227–249.
- Marsh, David/Gerry Stoker (2010). *Theory and Methods in Political Science*, Basingstoke.
- Marsh, David/Paul Furlong (2010). A Skin Not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science, in: David Marsh/Gerry Stoker (Hg.) *Theory and Methods in Political Science*, Basingstoke, 184–211.
- Monroe, Kristen Renwick (Hg.) (2005). *Perestroika!: The Raucous Rebellion in Political Science*, New Haven.
- Pleasants, Nigel (2009). Structure, Agency and Ontological Confusion: A Response to Hay, in: *Political Studies*, Vol. 57(4), 885–891.
- Saleh, Nivien (2009). Philosophical Pitfalls. The Methods Debate in American Political Science, in: *The Journal of Integrated Social Sciences*, Vol. 1(1), 141–176.
- Stanley, Liam (2012). Rethinking the Definition and Role of Ontology in Political Science, in: *Politics*, Vol. 32(2), 93–99.

AUTOR

Martin BARTENBERGER, geb. 1984, hat Politikwissenschaft in Wien und Chicago studiert und ist derzeit Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Forschungsinteressen: Politische Theorie, US-amerikanische Politik, Wissenschaftstheorie.



Florian Gratzl Grundrechte als Grenzen der Marktfreiheiten

facultas.wuv 2012, 312 Seiten
ISBN 978-3-7089-0832-8
EUR (A) 56,-/EUR (D) 54,50/SFR 72,90 (CH)

Das vorliegende Werk widmet sich – als erste Monografie – eingehend dem Verhältnis zwischen Grundrechten und Marktfreiheiten in der Rechtsprechungspraxis des Gerichtshofs der Europäischen Union. Hatte der EuGH in den Anfängen der europäischen Integration die Existenz von

Grundrechten auf supranationaler Ebene noch negiert und Grundrechte später alleine zur Verstärkung der Marktfreiheiten herangezogen, so ging er in jüngster Vergangenheit dazu über, die Wirkung der vier Freiheiten des europäischen Binnenmarktes zugunsten einzelner Grundrechte zu beschränken. Heute steht auf europäischer Ebene unzweifelhaft fest, dass Grundrechte als Grenzen der Marktfreiheiten fungieren. Damit nützt der EuGH nicht nur seine Chance sich gegenwärtig und künftig als supranationales Grundrechtsgericht zu etablieren, sondern trägt mit seiner aktuellen Judikatur gleichsam zur Legitimität der Europäischen Union im Sinne einer „Union der Werte“ bei.

